**Rede zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai (verschoben und leicht variiert am 30. Mai)**

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

heute vor 71 Jahren wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Wir nehmen diesen Tag zum Anlass daran zu erinnern, dass vieles von dem, was in unserer Verfassung steht, nicht oder noch nicht verwirklicht wurde. Ja noch mehr, dass vieles, was gegenwärtig an Projekten und Maßnahmen in Politik und Wirtschaft, für Umwelt und Gesundheit diskutiert und umgesetzt wird, den Geist und Buchstaben des Grundgesetzes massiv verletzt. Diese Verletzung ist aber nicht, wie es (zum Teil) gegenwärtig auf anderen Demonstrationen in dieser Republik behauptet wird, das Werk irgendwelcher geheimer Zirkel. Das heißt nicht, dass wir keine Ursachenanalyse betreiben wollen, was diese Krise genau ausgelöst hat und wo eine globale Verantwortungslosigkeit am Werk war.

Wir distanzieren uns aber mit unserer demonstrativen Aktion sehr deutlich von allen Auffassungen, die Gruppen von Menschen oder Einzelne in diskriminierender Weise für die gegenwärtige Situation, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde, verantwortlich machen wollen.

**Und wir weisen jegliche Form von Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus entschieden zurück.**

Nein, für uns ist klar: Die massiven Verletzungen des Grundgesetzes lassen sich nicht durch irgendwelche Verschwörungsmythen erklären, sondern sind hervorgerufen durch das immer noch herrschende neoliberale Wirtschaftssystem, durch die bewussten Fehlentscheidungen, die dieses System hervorgebracht hat. Dies zeigt sich nur in überaus deutlicher Weise in der jetzigen Krise und in den vielen Plänen wie wir zur sogenannten Normalität zurückkehren sollen. Ein einfaches Weiterso, eine Rückkehr in den Zustand der Dauerkrisen des letzten Jahrzehnts, sei es die Finanzkrise, die sogenannte Flüchtlingskrise, die Klimakrise oder jetzt die Gesundheitskrise ist nicht mehr möglich.

**Die Welt mit oder nach Corona muss eine andere werden. Eine bessere Welt ist möglich und nötig.** (Pause)

Wir sagen es deutlich: Alle, die mit uns **diese Diagnose** teilen, sind herzlich willkommen sich an dieser demonstrativen Aktion zu beteiligen. Wir stehen hier mit vielen Menschen und Gruppen, die sich diesem Projekt einer besseren Welt verschrieben haben, einer friedlichen, ökologischen, sozialen und gerechten Welt. Das Friedensforum, das Eine-Welt-Forum, die jungen Menschen der Fridays for Future, Menschen der Gruppe Radstand und von Greenpeace, einzelne Menschen aus den Gewerkschaften: von verdi, dem DGB und der GEW, Vertreter der Geflüchtetenhilfsorganisation Seebrücke und nicht zuletzt von attac, das diese Kundgebung organisiert hat. Sie alle stehen hier mit ihren Expertisen und Forderungen, die ihr vielfältiges Engagement für eine bessere Welt nicht erst seit heute ausmachen.

Ich habe von den massiven Verletzungen des Grundgesetzes gesprochen: Für mich stellt sich insbesondere am heutigen Tag die Frage, was wir unter den Grundrechten verstehen und was und wem sie in erster Linie gelten. Gelten diese Grundrechte nicht in dieser Zeit zunächst für die besonders Schutzbedürftigen und Schwächsten in unserer Gesellschaft? Den alten Menschen besonders in den Heimen, den Familien und insbesondere den Frauen, die in dieser Zeit durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gebeutelt und durch dauerhafte Kinderbetreuung überfordert sind, den Kindern und Jugendlichen, denen es besonders schwerfällt auf ihre Sozialkontakte und ihr Recht auf Bildung verzichten zu müssen, den Geflüchteten in den Lagern hier und auf den griechischen Inseln: ihnen allen gilt in dieser Situation unsere Solidarität.

**Sie sind der Maßstab, an dem sich unser zukünftiges politisches Handeln ausrichten muss. (Pause)**

Und, wenn wir vom Grundgesetz sprechen: Gilt der Artikel 1, die Unantastbarkeit der Menschenwürde nicht in dieser Zeit insbesondere für diejenigen, die Tag für Tag für die Gesundheit und grundlegende Versorgung dieser Menschen und von uns allen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gehen? Hier reicht es nicht aus, ihr Tun zu beklatschen, und es reicht auch nicht aus Pflegekräften einmalige Zuwendungen zu zahlen oder Werkverträge und Sammelunterkünfte für die arbeitenden Menschen in der Fleischindustrie abzuschaffen. Nein, die Corona Krise muss als eine Chance begriffen werden, sich klar zu machen, wieviel uns die Arbeit dieser Menschen bedeutet und was wir sie uns kosten lassen wollen. Aber es geht hier nicht um Gewissensappelle, sondern darum, das Gesundheitssystem oder die Fleischindustrie aus dem auf Profit getrimmten Würgegriff des neoliberalen Kapitalismus zu befreien.

**Menschen gehen vor Profit.**

Jahrelang wurde das Gesundheitssystem immer weiter privatisiert und als unrentabel bezeichnete Krankenhäuser wurden geschlossen oder man versuchte es. Die Corona-Krise lehrt uns: damit muss Schluss sein. Die Daseinsvorsorge muss ein öffentliches Gut bleiben oder wieder werden und darf nicht Profitinteressen unterworfen werden. Es steht auf unseren Masken:

**Gesundheit ist keine Ware.**

Und an alle, die sich den Kampf gegen die Impfpflicht auf die Fahnen geschrieben haben: An welcher Front kämpft ihr eigentlich? Geht es nicht vielmehr darum allen Menschen, besonders den Armen in den Ländern des globalen Südens, den Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen zu ermöglichen. Und geht es nicht vor allem darum, die pharmazeutische Industrie nicht Profitinteressen zu unterwerfen sondern sie auf das Gemeinwohl zu verpflichten?

Wir rufen allen nachdenklichen Menschen zu: wir verstehen, dass viele von Euch orientierungslos sind, aber lasst euch nicht irre machen, sondern benennt die wahren Verantwortlichen und artikuliert **die** Forderungen, die die Würde aller Menschen zu verwirklichen suchen.

Am Beispiel der Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie, die ja nicht erst seit dem Ausbruch von Covid 19 in Coesfeld bekannt sind, sehen wir wie in einem Brennglas, die Probleme der neoliberalen Globalisierung, d.h. wie alles mit allem zusammenhängt und wie das neoliberale System diese Ausbeutung von Mensch und Tier vorantreibt: miserable Arbeitsbedingungen von global agierenden Subunternehmen auf der einen Seite, Missachtung des Tierwohls auf der anderen Seite. Jeder, der Dumpingfleisch im Supermarkt kauft, muss sich klar sein, dass er gegen diese Würde des Menschen und des Tieres verstößt.

Doch schon wird von den Fleischindustriellen mit der Keule der Betriebsverlagerung ins europäische Ausland gedroht. Als ob man sich nicht schon lange auf bestimmte Standards in der EU hätte einigen können.

Das gleiche gilt für Unternehmen wie Amazon und andere, die anscheinend zu den Profiteuren der Krise gehören. Müsste man nicht auch dort endlich menschliche Arbeitsbedingungen durchsetzen? Braucht es immer die negativen Auswirkungen einer Krise? Mehr Mut, Herr Heil, unsere Unterstützung hätten sie.

Doch zurück zur EU: Wenn die EU allerdings selbst diese neoliberale Politik und diesen Wettbewerb um Billigstanbieter von Gesundheit/Pflege und Lebensmittel durch ihre Freihandelsabkommen wie mit Kanada oder mit den lateinamerikanischen Staaten vorantreibt, was kann man noch erwarten? Wenn sie durch diese Abkommen in Kauf nimmt, dass soziale und rechtsstaatliche, demokratische und ökologische Standards abgesenkt werden, welches Vertrauen können wir da noch haben? Und dies gilt übrigens auch für unsere grünen Ministerpräsidenten, der weiterhin diese Art von Abkommen befürwortet. Herr Kretschmann, nehmen sie die Beschlüsse ihrer eigenen Partei ernst und stimmen sie im Bundesrat gegen CETA (oder enthalten sich).

**Weg mit dieser Art von globalem Freihandel: denn dieser Freihandel ist ein Klimakiller und mit Blick auf den Amazonas Regenwald: brandgefährlich.**

Aber nicht nur das. Denn schon sind einige Anwaltskanzleien, die bereits Unternehmen und Privatpersonen bei Steuerdumping und Steuervermeidung beraten haben, wieder in den Startlöchern. Wie die Süddeutsche Zeitung, (nicht gerade ein antikapitalistisches Kampfblatt), am Dienstag schrieb, bereiten diese Kanzleien Schadenersatzklagen im Rahmen der sogenannten Schiedsgerichtsverfahren gegen Staaten vor, die in der Corona-Krise Maßnahmen ergriffen haben, die die Profitinteressen multinationaler Konzerne geschmälert haben.

Wenn man anonyme Machtstrukturen aufdecken will, sollte man eher die sogenannten Big Four, die vier großen sog. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (Hinweis auf Flyer), international agierende Anwaltskanzleien oder global agierende Vermögensverwalter wie Black Rock und z.B. deren Rolle im Zusammenhang mit dem Mietwucher in deutschen Großstädten in den Blick nehmen.

Man darf gespannt sein wie die EU-Kommission ihre widersprüchliche Politik von neoliberaler Globalisierung einerseits und green deal andererseits auflösen will. Soweit ich den Macron-Merkel Deal kenne, der 500 Milliarden in die Wirtschaft der EU pumpen will, geht er über die alten Ansätze zur Wirtschaftsförderung nicht oder nur wenig hinaus.

**Unsinnige, weil klimaschädliche Wirtschaftsbereiche dürfen nicht länger gefördert werden. Schluss mit fossilen Energieträgern.**

Selbst der nicht unbedingt als ökologiefreundlich geltende Sachverständigenrat der Bundesregierung hat vorgestern gefordert auf solche Projekte wie Abwrackprämien zu verzichten und stattdessen in eine nachhaltige Wirtschaft, in Bildung und Infrastruktur zu investieren.

**Keine Staatshilfe für Klimakiller! Stattdessen: Investitionen in Bildung und Infrastruktur!**

Wir sehen im Moment, dass ein ums andere Dogma der neoliberalen Finanzpolitik fällt. Die Schwarze Null ist tot. Geld spielt keine Rolle, jetzt wird für die Rettungspakete eine Milliarde nach der anderen locker gemacht. Was gestern noch Teufelszeug war, wie Verstaatlichung oder die Rückverlagerung von Wirtschaftszweigen in nationale Souveränität, wird zur Notwendigkeit. Das eröffnet Chancen, den Primat der Politik, der Demokratie über die Wirtschaft wiederherzustellen. Wir fordern, diese Chancen zu nutzen um eine ökologische und soziale Wirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

**Es kann nicht sein, dass der Staat mit unseren Steuergeldern die Lufthansa rettet ohne dann aber in einem ökologischen Sinne auf die Ziele des Unternehmens einzuwirken.**

Eine letzte Frage, die viele beschäftigt ist die, woher das Geld für diese Investitionen herkommen soll? Eine Quelle ist die radikale Reduktion von Rüstungsausgaben: Frau Kramp-Karrenbauer: wir brauchen in dieser Krise keine atombombentragenden Flugzeuge und keine Drohnen mit ihrer menschenverachtenden Kriegsführung, wir brauchen auch keine Manöver mit ihren ökologisch desaströsen Auswirkungen.

**Schluss mit den NATO Defender-Manövern. Nicht in der Corona-Krise und nicht später. Für eine aktive Friedenspolitik.**

Wie während jeder Krise gibt es auch jetzt schon wieder die Warner vor einer zu großen Schuldenlast. Aber wenn, wie immer wieder betont wird, die gegenwärtige Krise die Ausmaße der Nachkriegszeit hat, warum nicht auch eine Maßnahme ergreifen, die in ähnlicher Weise wie 1952 der sogenannte Lastenausgleich, funktionieren könnte: Eine einmalige Vermögensabgabe für alle, die über ein Vermögen von mehr als ein Million Euro verfügen. Betroffen wären nicht Mittelstandsunternehmen, sondern nur nicht selbst genutztes Immobilieneigentum und reines Geldvermögen. Bei einer Besteuerung diese beiden Vermögensformen mit einmalig 30% (auf zehn Jahre verteilt pro Jahr 4%, nicht mehr als die Verzinsung), hätten wir eine Summe von 400 Milliarden Euro. Damit ließ sich der letzte Corona Zusatz-Haushalt nicht nur stemmen, sondern kräftig aufstocken. Am Mittwoch war im Wirtschaftsteil der Badischen Zeitung eine Meldung zu lesen, dass Forschungen der Universitäten München, Stuttgart und Freiburg gezeigt hätten, dass 51% der repräsentativ Befragten eine solche einmalige Vermögenabgabe befürworten würden und weitere 30% eine solche Abgabe für teilweise sinnvoll halten.

**Also nichts wie ran, Herr Scholz, und machen sie auch endlich Ernst mit der Steuer auf spekulative Finanztransaktionen.**

Nicht zuletzt: Die Corona Krise muss auch Anlass ein, die bisher gescheiterte sogenannte Flüchtlingspolitik der EU erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

**Löst die Lager auf und bringt die Menschen in Sicherheit. In Griechenland. In BaWü und anderswo.**

(Schluss) Die heutige gemeinsame Aktion soll so etwas wie ein Auftakt sein in den kommenden Wochen und Monaten durch Diskussionen und weitere Aktionen ein solches Bündnis zu schmieden für eine Welt, die eine andere als vor Corona sein wird und muss. Hierzu laden wir alle Menschen ein, die daran mitarbeiten wollen. Auch wenn es anfangs ein wenig Anstrengung kostet. Das wird eine coole Sache, davon bin ich überzeugt. Denn wir haben ein gemeinsames Ziel: Das gute Leben für alle.

.